



**Nr. 1151**

TU Verteiler 3  
GB 1 (20 Ex)

Aushang

Herausgegeben vom  
Präsidenten der  
Technische Universität  
Braunschweig

Redaktion:  
Geschäftsbereich 1  
Pockelsstraße 14  
38106 Braunschweig  
Tel. +49 (0) 531 391-4306  
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 31.01.2017

### **Dritte Änderungsordnung zur Grundordnung der Technischen Universität Braunschweig**

Der Senat hat in seinen Sitzungen am 06.07. und 16.11.2016 die Dritte Änderungsordnung zur Grundordnung beschlossen, die vom Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur mit Erlassen vom 25.10. und 19.12.2016 genehmigt wurde.

Die Dritte Änderungsordnung zur Grundordnung tritt am Tag nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung am 01.02.2017 in Kraft.

## **Dritte Änderungsordnung zur Grundordnung der Technischen Universität Braunschweig**

Der Senat hat in seinen Sitzungen am 06.07. und 16.11.2016 beschlossen, die Grundordnung der Technischen Universität Braunschweig vom 11.06.2012 (hochschulöffentliche Bekanntmachung Nr. 822), zuletzt geändert am 13.07.2015 (hochschulöffentliche Bekanntmachung Nr. 1060) wie folgt zu ändern:

### **Abschnitt I**

1. § 1 Ziffer 4 wird ersatzlos gestrichen.
2. § 2 Ziffer 3 Satz 2 wird ersatzlos gestrichen.
3. Es wird folgender neuer § 6 a eingefügt:

#### **§ 6 a Studierendeninitiative**

Die Studierenden der TU Braunschweig können verlangen, dass ein Organ der Universität über eine bestimmte Angelegenheit, für die es nach dem NHG zuständig ist, berät und entscheidet (Studierendeninitiative), wenn die Studierendeninitiative mindestens von drei vom Hundert der Studierenden unterzeichnet worden ist. Maßgeblich ist die Anzahl der immatrikulierten Studierenden zu Beginn eines Semesters. Der Antrag ist schriftlich unter Benennung einer Sprecherin oder eines Sprechers der Initiative bei dem für die betreffende Angelegenheit zuständigen Organ - unter Beachtung der jeweiligen Geschäftsordnung – einzureichen und muss ein bestimmtes Begehren und eine entsprechende Begründung enthalten. In der zeitnah anzuberaumenden Sitzung des angerufenen Organs wird die Studierendeninitiative von der jeweiligen Sprecherin oder dem jeweiligen Sprecher vorgetragen oder vertreten. Hat ein Antrag nach Satz 1 einen Gegenstand zum Inhalt, für den der Senat oder der Fakultätsrat zuständig ist, soll die Beratung und Beschlussfassung dieses Organs hochschulöffentlich erfolgen. Die Entscheidung des Organs ist der Sprecherin oder dem Sprecher binnen einer Woche nach Beschlussfassung schriftlich oder in Textform mitzuteilen. Ein Antrag, der das gesetzlich vorgeschriebene Quorum nicht erreicht oder nicht hinreichend erkennen lässt, welche Entscheidung im Rahmen der Studierendeninitiative erwartet wird, ist unzulässig.

4. Es wird folgender neuer § 6 b eingefügt:

#### **§ 6 b**

##### **Vertretung der Promovierenden**

1. Die angenommenen Doktorandinnen und Doktoranden wählen die Mitglieder einer Promovierendenvertretung. Zur Bildung einer Promovierendenvertretung wird in jeder Fakultät eine Doktorandin oder ein Doktorand und deren Stellvertretung gewählt. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre; eine Wiederwahl ist zulässig. Die Einzelheiten des Wahlverfahrens werden in der Wahlordnung geregelt; die Wahl der Promo-



vierendenvertretung soll zeitgleich mit den allgemeinen Hochschulwahlen durchgeführt werden.

2. Die nach Ziffer 1 gewählten Personen bilden den Rat der Promovierenden der TU Braunschweig. Der Rat der Promovierenden gibt sich eine Geschäftsordnung. Die Mitglieder des Rats wählen aus ihrer Mitte eine Person als beratendes Mitglied des Senats nach § 9 Ziffer 2 der Grundordnung sowie deren Stellvertretung. Das für den Bereich einer Fakultät gewählte Mitglied der Promovierendenvertretung nimmt an den Sitzungen des Fakultätsrats in der Regel beratend teil.
3. Die Promovierendenvertretung berät über die die Doktorandinnen und Doktoranden betreffenden Fragen und gibt hierzu gegenüber den Organen der TU Braunschweig Empfehlungen ab. Der Fakultätsrat hat der Promovierendenvertretung Gelegenheit zu geben, zu den Entwürfen von Promotionsordnungen Stellung zu nehmen.

5. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Ziffer 1 erhält folgende Fassung:

1. Die TU Braunschweig wird von einem Präsidium in eigener Verantwortung geleitet. Dem Präsidium gehören neben einer Präsidentin oder einem Präsidenten eine hauptberufliche Vizepräsidentin oder ein hauptberuflicher Vizepräsident sowie vier nebenberufliche Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten an. Insgesamt dürfen nicht mehr als fünf Vizepräsidentinnen oder Vizepräsidenten bestellt werden. Im Falle einer Neubesetzung des Präsidentenamtes entscheidet der Senat durch Beschluss mit einer Zweidrittelmehrheit seiner Mitglieder über den Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin über die Zusammensetzung des Präsidiums.

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der 3. Änderungsordnung zur Grundordnung der TU Braunschweig besteht das Präsidium aus:

- einem Präsidenten
- einem hauptberuflichen Vizepräsidenten für die Personal- und Finanzverwaltung
- einer nebenberuflichen Vizepräsidentin für Lehre und Diversity
- einer nebenberuflichen Vizepräsidentin für Studium und Kooperation
- einem nebenberuflichen Vizepräsidenten für strategische Entwicklung und Technologietransfer
- einem nebenberuflichen Vizepräsidenten für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Internationales.

Die Mitglieder des Präsidiums treffen regelmäßig zu Sitzungen zusammen. Der Senat ist in geeigneter Weise zeitnah über die Beschlüsse des Präsidiums zu informieren.

b) Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 2 wird das Wort „Ressourcen“ durch das Wort „Ressorts“ ersetzt.

bb) Satz 3 wird wie folgt neu gefasst:

Die hauptberufliche Vizepräsidentin oder der hauptberufliche Vizepräsident für die Personal- und Finanzverwaltung ist Beauftragte oder Beauftragter für den Haushalt nach § 9 LHO.

cc) In Satz 4 wird das Semikolon durch einen Punkt ersetzt. Der Halbsatz nach dem Semikolon wird ersatzlos gestrichen.

6. § 9 Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

a) In Satz 1 werden nach dem Wort „Gleichstellungsbeauftragte“ die Worte „und ein Mitglied der Personalvertretung“ eingefügt.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Ein Mitglied der Promovierendenvertretung nimmt in der Regel an den Senatssitzungen beratend teil.“

7. § 10 Ziffer 3 wird wie folgt geändert:

In Satz 1 wird nach dem Wort „Studierendenschaft“ eingefügt „ , ein Mitglied der Personalvertretung“ sowie nach dem Wort „Gleichstellungsbeauftragte“ „nehmen in der Regel an den Sitzungen des Hochschulrates teil.“. Die Worte „und die Mitglieder des Personalrats können beratend hinzugezogen werden“ entfallen.

8. In § 13 Ziffer 2 wird folgender Satz 5 angefügt.

„Ein Mitglied der Promovierendenvertretung nimmt in der Regel an den Sitzungen des Fakultätsrats beratend teil.“

9. § 18 Ziffer 2 Satz 4 wird ersatzlos gestrichen.

10. § 20 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „und Ausschüsse“ ergänzt.

b) Ziffer 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach den Worten „weitere Kommissionen“ die Worte „und Ausschüsse“ ergänzt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „und Ausschüsse“ ergänzt.

c) Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „und Ausschüsse“ ergänzt.

bb) Es wird folgender Satz 2 ergänzt:

„Über Abweichungen bei der Zusammensetzung entscheidet das die Kommission oder den Ausschuss einsetzende Organ.“

cc) Die Sätze 2 bis 4 werden die Sätze 3 bis 5.

dd) Im neuen Satz 3 wird das Wort „Kommissionsmitglieder“ durch die Worte „Kommissions- und Ausschussmitglieder“ ersetzt.

ee) Im neuen Satz 4 werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „oder Ausschüssen“ ergänzt.

d) Ziffer 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Mitglieder“ die Worte „der Kommissionen und Ausschüsse“ ergänzt.

bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „und Ausschüsse“ hinzugefügt.

cc) In Satz 3 werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „und Ausschüssen“ hinzugefügt.

e) In Ziffer 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Kommissionen“ die Worte „und Ausschüsse“ ergänzt.

11. § 25 Ziffer 1 wird wie folgt geändert:

aa) Es wird folgender neuer Satz 5 eingefügt:

„§ 38 Ziffer 6 Sätze 1-3 NHG gilt entsprechend.“

bb) Der bisherige Satz 5 wird Satz 6.

cc) Es wird nachfolgender neuer Satz 7 eingefügt:

„Die Gleichstellungsbeauftragte und ihre Vertreterin dürfen der Personalvertretung nicht angehören und nur in ihrer Eigenschaft als Gleichstellungsbeauftragte oder als deren Vertreterin mit Personalangelegenheiten befasst sein.“

dd) Der bisherige Satz 6 wird Satz 8.

12. § 26 Ziffer 2 wird wie folgt geändert:

a) Es wird folgender neuer Satz 3 eingefügt:

„§ 25 Ziffer 1 Satz 7 gilt entsprechend.“



- b) Die bisherigen Sätze 3 bis 10 werden Sätze 4 bis 11.
13. Es wird folgender neuer § 27 a eingefügt:

#### **§ 27 a**

##### **Beauftragte oder Beauftragter für die Belange behinderter und chronisch erkrankter Studierender**

1. Zur Wahrnehmung der Belange von Studierenden mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen bestellt das Präsidium eine Beauftragte oder einen Beauftragten und deren Stellvertretung. Die Mitglieder der Gruppe der Studierenden im Senat sollen Vorschläge dazu unterbreiten. Die Bestellung erfolgt in der Regel für maximal zwei Jahre. Eine Wiederbestellung ist möglich. Die beauftragte Person kann, sofern sie in einem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis zur TU Braunschweig steht, in einem angemessenen Umfang von ihrer dienstlichen Tätigkeit freigestellt werden. Falls erforderlich, können auch mehrere Beauftragte bestellt werden.
  2. Der oder die Hochschul-Beauftragte berät Studierende mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen und wirkt darauf hin, dass ihren besonderen Bedürfnissen im Studienalltag Rechnung getragen wird. Sie oder er wirkt zur Wahrnehmung der besonderen Belange behinderter und chronisch erkrankter Studierender insbesondere bei der Planung und Organisation der Lehr- und Studienbedingungen (einschließlich Baumaßnahmen) sowie beim Nachteilsausgleich hinsichtlich des Zugangs und der Zulassung zum Studium sowie bei Prüfungen mit und ist über entsprechende Maßnahmen rechtzeitig zu informieren. Sie oder er erstattet dem Präsidium und dem Senat einmal im Jahr einen Bericht.
14. § 29 wird wie folgt geändert:
- a) Ziffer 5 wird wie folgt ergänzt:
    - aa) In Satz 1 wird nach dem Wort „externe“ das Wort „stimmberechtigte“ eingefügt.
    - bb) Die Sätze 2 und 3 werden ersatzlos gestrichen.
  - b) In Ziffer 10 werden nach dem Wort „Stellungnahme“ die Worte „bei Übertragung des Berufungsrechts auf die TU Braunschweig an den Hochschulrat, sonst“ eingefügt sowie im weiteren Text die Worte „bzw. – bei NTH-Fächern – an das NTH-Präsidium“ gestrichen.
15. § 30 wird wie folgt neu gefasst:

#### **§ 30**

##### **Gemeinsame Berufungsverfahren**

1. Zur Besetzung von Professuren können gemeinsame Berufungsverfahren mit wissenschaftlichen Einrichtungen, die keiner Hochschule angehören unter Berücksichtigung der Regelungen des § 29 durchgeführt werden. Die wissenschaftliche Einrichtung kann in den Berufungskommissionen vertreten sein; dabei muss gewährleistet werden, dass die Mitglieder der Hochschullehrergruppe zusammen mit den ihnen nach Funktion und Qualifikation gleichgestellten Angehörigen der

wissenschaftlichen Einrichtungen über die Mehrheit der Sitze verfügen. Der Berufungsvorschlag kann weniger als drei Namen enthalten. Die gemeinsam berufenen Personen haben an der TU Braunschweig im Umfang von mindestens 2 LVS zu lehren.

2. Gemeinsame Berufungsverfahren können auch in der Weise durchgeführt werden, dass ein Beamten- oder Arbeitsverhältnis nur zwischen der wissenschaftlichen Einrichtung und der berufenen Person begründet wird (sog. Thüringer Modell). Die berufenen Personen haben für die Dauer des ausschließlichen Beamten- oder Arbeitsverhältnisses bei der wissenschaftlichen Einrichtung einen Status als Mitglied nach § 5 Ziffer 1 Buchstabe d). Sie haben das Recht, für die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses an der wissenschaftlichen Einrichtung den Titel „Professorin“ oder „Professor“ zu führen.
  3. Hat die wissenschaftliche Einrichtung eigene zwingende Vorschriften zur Durchführung von Berufungsverfahren, kann von den Vorschriften dieser Grundordnung unter Wahrung ihrer und der im NHG enthaltenen Grundsätze abgewichen werden. Dabei dürfen die Rechte der Gremien der TU Braunschweig im Verfahren nicht beeinträchtigt werden.
  4. Die Einzelheiten der Durchführung von gemeinsamen Berufungsverfahren sowie die Lehrverpflichtung für die gemeinsam berufenen Personen sind in Vereinbarungen zwischen der wissenschaftlichen Einrichtung und der TU Braunschweig unter Zustimmung der Fakultäten zu regeln.
16. § 39 wird wie folgt geändert:

## **§ 39**

### **Hochschulöffentliche Bekanntmachungen**

Die hochschulöffentliche Bekanntmachung der von den Organen der TU Braunschweig einschließlich der Organe der Studierendenschaft oder des Studentenwerks Ost-Niedersachsens erlassenen Satzungen und Ordnungen erfolgt mittels der „Amtlichen Bekanntmachungen der TU Braunschweig“ durch öffentlichen Aushang im Forumsgebäude und in elektronischer Form auf den Internetseiten der TU Braunschweig. Die Ordnungen und Satzungen treten am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft, sofern das Inkrafttreten im Einzelfall nicht ausdrücklich anders angegeben ist.

## **Abschnitt II**

Die Änderungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Ministerium für Wissenschaft und Kultur am Tage nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung in Kraft.